ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schrooten, Mechthild

Article

Asienkrise - fünf Jahre danach: Bedeutung von Auslandskapital gesunken

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schrooten, Mechthild (2002) : Asienkrise - fünf Jahre danach: Bedeutung von Auslandskapital gesunken, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 69, Iss. 38, pp. 631-637

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151169

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wochenbericht

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Nr. 38/2002

69. Jahrgang / 19. September 2002

Inhalt

Asienkrise – Fünf Jahre danach
Seite 631

Asienkrise – Fünf Jahre danach

Bedeutung von Auslandskapital gesunken

Mechthild Schrooten
mschrooten@diw.de

Fünf Jahre nach der Asienkrise weisen Indonesien, Südkorea und Thailand wieder hohe Zuwachsraten für die gesamtwirtschaftliche Produktion aus. Sie haben eine Neuausrichtung ihrer Währungspolitik vorgenommen und die Reform des Bankensektors – wenngleich in unterschiedlichem Maße – vorangetrieben. Zugleich wurde das internationale Monitoring bei grenzüberschreitenden Finanztransaktionen ausgebaut. Alles in allem sind die Anlagerisiken seit der Asienkrise transparenter geworden – diese verbesserte Information hat allerdings den Abfluss von Kapital aus Schwellenländern (emerging economies) nicht stoppen können. Vielmehr wird jetzt stärker auf das heimische Kapitalangebot zurückgegriffen.

Unrealistische Währungspolitik, hohe Auslandsschulden und eine nicht an Risiko- und Effizienzkriterien orientierte inländische Kreditvergabe hatten 1997 eine tief greifende Finanzkrise in Asien entstehen lassen.[1] Bald schon zog diese Krise die Weltwirtschaft in ihren Sog.

Nach dem gesamtwirtschaftlichen Einbruch im Gefolge der Finanzkrise wiesen Südkorea und Thailand rasch wieder kräftige Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts aus (Abbildung 1). In Indonesien hatte sich der Erholungsprozess auch aufgrund von politischen Verwerfungen verzögert.[2] Im ersten Quartal 2002 stieg das Bruttoinlandsprodukt dort um 2,5 %; in Thailand um 3,9 %. Noch dynamischer war die Entwicklung in Südkorea, dessen Wirtschaft im zweiten Quartal 2002 sogar um 6,3 % gegenüber dem Vorjahr wuchs. Gemeinsam ist den Ländern, dass diese Entwicklung zuletzt vor allem durch eine Belebung der Exporte, insbesondere von IT-Produkten, getragen wurde. Zudem trugen steigende Reallöhne zu einer Expansion des privaten Verbrauchs bei. In Südkorea kam es in der jüngsten Zeit zu einer deutlichen Expansion der zuvor stark zurückgegangenen Investitionen.

Vordergründig legen die Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den Schluss nahe, dass sich diese asiatischen Volkwirtschaften zumindest teilweise wieder auf einem ähnlichen Entwicklungspfad wie vor der Krise befinden. Tatsächlich hat sich aber vieles verändert: Die vormals extrem hohen Investitionsquoten gingen dramatisch zurück (Abbildung 2). Auch fünf Jahre nach der Krise liegen sie noch immer etwa zehn Prozentpunkte unter dem Wert von 1996; die Investitionsquoten erreichen somit eine ähnliche Größenordnung wie in ent-

1 Die „Asienkrise" begann mit der Freigabe des thailändischen Baht im Juli 1997 und griff danach auf den philippinischen Peso und den malaysischen Ringgit über. Im August 1997 wurde die indonesische Rupiah abgewertet. Weniger stark waren Singapur und Taiwan betroffen, deren Währungen im Oktober 1997 nur geringfügig an Wert verloren. Im Dezember 1997 wertete der südkoreanische Won hingegen deutlich ab.
2 Die Abkühlung im Jahre 2001 ist vor allem im Zusammenhang mit dem weltwirtschaftlichen Abschwung zu sehen, der die nach wie vor stark exportorientierten Volkswirtschaften hart getroffen hat.

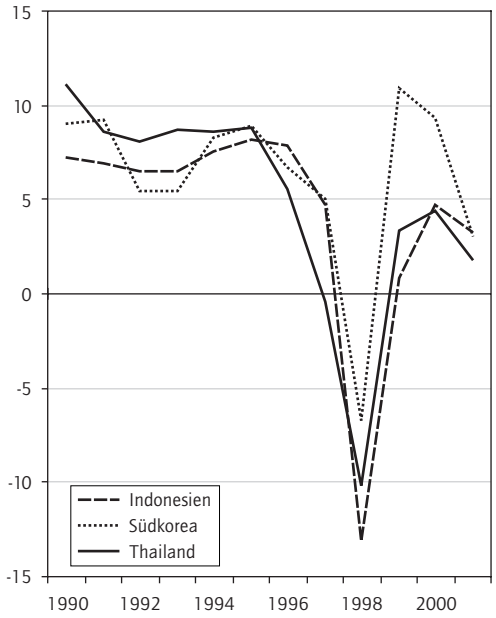
Unkorrigiert!
Sperrfrist:
Mittwoch, 18. September 2002, 17 Uhr!
Für Agenturen:
Sendesperrfrist
Mittwoch, 18. September 2002, 8 Uhr,
mit Sendesperrfristvermerk:
„Freigabe zur Veröffentlichung:
Mittwoch, 18. September 2002, 17 Uhr"

A 22127 C

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt 1990 bis 2001

Veränderung zum Vorjahr in %



Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

wickelten Industrieländern. Bei deutlich höheren Sparquoten zählen diese Länder inzwischen zu den Kapitalexporteuren. Damit hat sich das Muster der internationalen Integration dieser Volkswirtschaften stark gewandelt: Südkorea, Thailand und Indonesien weisen fünf Jahre nach der Finanzkrise teilweise deutliche Leistungsbilanzüberschüsse auf (Abbildung 3). Alle drei Volkswirtschaften sind in mindestens zwei entscheidenden Punkten von ihrer vor der Krise verfolgten Strategie abgerückt. Diese hatte vor allem darin bestanden, gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch extrem hohe Investitionen zu erzeugen und diese zu erheblichen Teilen durch internationale Kapitalzuflüsse zu finanzieren.

Währungspolitische Wende

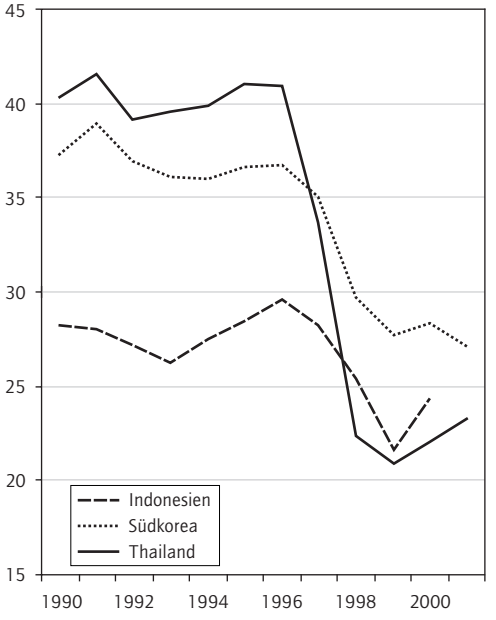
Die asiatische Finanzkrise brachte eine Neubewertung der Chancen und Risiken fixer Wechselkursregime für die Schwellenländer mit sich. Zunehmend wurde klar, dass eine erfolgreiche internationale Finanzmarktintegration auch die Durchsetzung internationaler Standards im Geschäftsbankensektor erfordert. Bessere Informationen, auch über internationale Transaktionen, würden zu einer verbesserten Risikoeinschätzung und damit stabilisierend auf die internationale Finanzmarktintegration wirken – so das Argument.

Im Gefolge der Asienkrise war den betroffenen Volkswirtschaften vielfach eine unrealistische

Abbildung 2

Bruttoinvestitionsquote 1990 bis 2001[1]

Bruttoinvestitionen in % des BIP



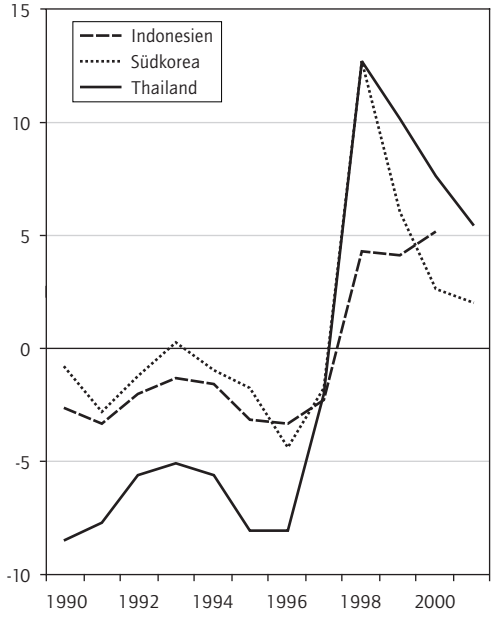
1 Indonesien bis 2000.

Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Abbildung 3

Leistungsbilanzsaldo 1990 bis 2001[1]

In % des BIP



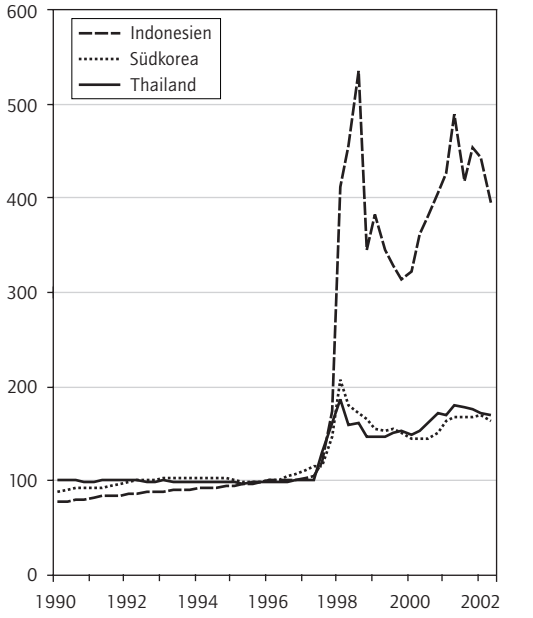
1 Indonesien bis 2000.

Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Abbildung 4a

Wechselkursentwicklung 1990 bis 2002[1]

Heimische Währung zu US-Dollar, Index 1995 = 100



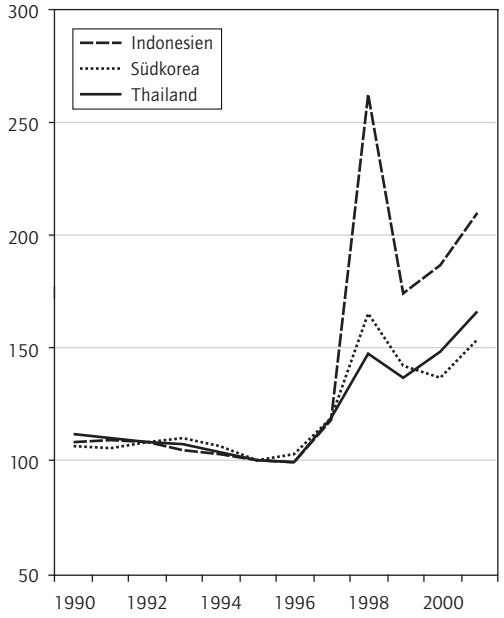
1 Zweites Quartal 2002.

Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Abbildung 4b

Entwicklung des realen[1] Wechselkurses 1990 bis 2002[2]

Heimische Währung zu US-Dollar, Index 1995 = 100



1 Berechnet auf der Grundlage der Verbraucherpreise.
2 Zweites Quartal 2002.

Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Wechselkurspolitik attestiert worden.[3] Tatsächlich hatten Indonesien, Südkorea und Thailand eine mehr oder minder starke Anbindung an den US-Dollar praktiziert (Abbildungen 4a und 4b). Praktisch übernahm damit die jeweilige Zentralbank die Kosten der Absicherung des Wechselkursrisikos. Die zugleich relativ hohe Nominalverzinsung (Abbildung 5) ließ diese Länder für internationale Investoren über einen langen Zeitraum attraktiv erscheinen. Auch für die heimischen Akteure gingen von der Kombination der Wechselkursanbindung und der im internationalen Vergleich hohen Nominalverzinsung erhebliche Anreize zur internationalen Kreditaufnahme aus. Die Verschuldung bei ausländischen Gläubigern stieg.

Nach der revidierten Bewertung der so genannten „Tigerstaaten“ durch internationale Kapitalgeber kam es nicht nur zu einem raschen und drastischen Kapitalabfluss sowie zur deutlichen Abwertung der jeweiligen heimischen Währung, sondern auch zur Aufgabe der zuvor praktizierten Wechselkursanbindung.[4] Dass diese währungspolitische Neuorientierung nicht nur eine formale Dimension hat, zeigt sich in erster Linie in der gestiegenen Volatilität der heimischen Währungen gegenüber dem US-Dollar. Zwangsläufig bedeutet der Übergang auf einen flexiblen Wechselkurs die „Privatisierung“ des unter einem Festkurssystem von der Zentralbank getragenen Währungsrisikos.

Das faktisch gewählte Wechselkursregime ist von zentraler Bedeutung für die jeweilige Geldpolitik. Bei einem flexiblen Währungsregime kann der Wechselkurs nicht als „Anker“ zur Brechung oder Begrenzung der Inflationserwartung genutzt werden. Dann muss die Zentralbank die volle Verantwortung für die Sicherung der binnenwirtschaftlichen Geldwertstabilität übernehmen. Als sich die Inflation unmittelbar nach der Krise beschleunigte, hatten die Zentralbanken der hier betrachteten Volkswirtschaften denn auch einen restriktiven geldpolitischen Kurs eingeschlagen und die Nominalzinsen kräftig erhöht. Diese Strategie führte in Bezug auf die Inflationsbekämpfung rasch zum

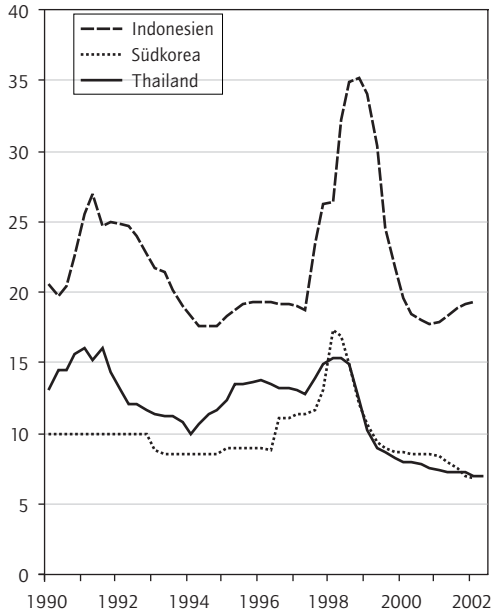
3 Finanzkrise in Asien: Realistische Währungspolitik erforderlich. Bearb.: Gustav A. Horn und Mechthild Schrooten. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 26/98. Infolge der Finanzkrisen der 90er Jahre wurden zunehmend die Schwächen von gebundenen Wechselkursen für *emerging economies* diskutiert. Zu der einschlägigen Diskussion vgl. Sebastian Edwards: Exchange Rate Regimes, Capital Flows and Crisis Prevention, 2001. *http://www.anderson.ucla.edu/faculty/sebastian.edwards/papers.htm.*

4 Seit dem 31. Dezember 2001 haben Indonesien und Thailand ein kontrolliertes Floating eingeführt. Faktisch hat sich in diesen beiden Ländern seitdem die Volatilität des Wechselkurses nicht nennenswert geändert.

Abbildung 5

Nominalzinsen 1990 bis 2002[1]

In %



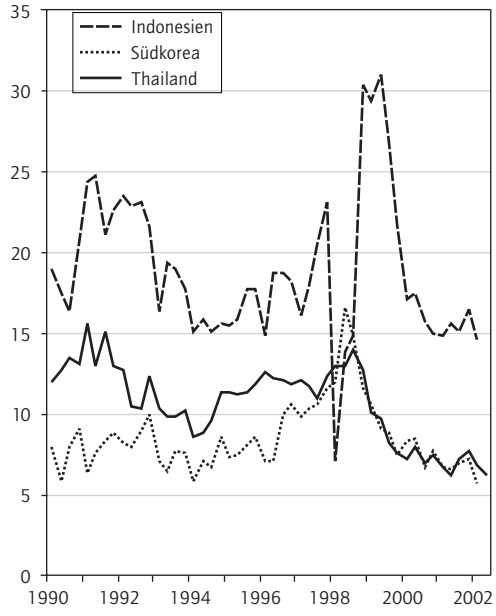
1 Durchschnittliche Kreditverzinsung; Thailand bis 2. Quartal 2002, Südkorea und Indonesien bis 1. Quartal 2002.

Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Abbildung 7

Reale Zinsen 1990 bis 2002[1]

In %



1 Thailand bis 2. Quartal 2002, Südkorea und Indonesien bis 1. Quartal 2002.

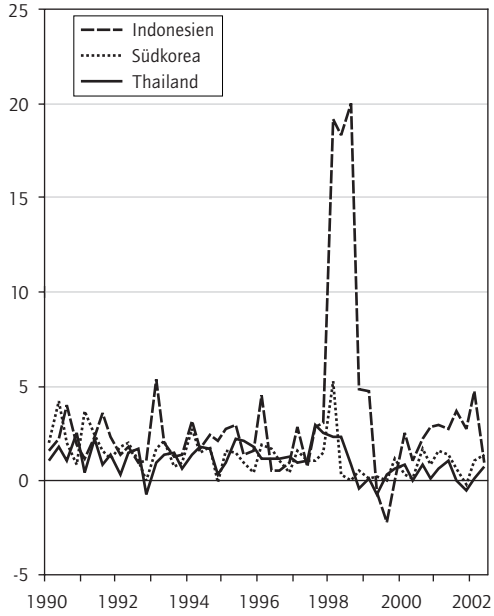
Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Hohe Realverzinsung wirkt investitionshemmend

Abbildung 6

Verbraucherpreisindex 1990 bis 2002[1]

Veränderung zum Vorjahr in %



1 Zweites Quartal 2002.

Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Erfolg (Abbildung 6). Inzwischen wurden die Nominalzinsen deutlich gesenkt; real ist die Verzinsung im internationalen Vergleich immer noch relativ hoch – und wirkt zwangsläufig investitionshemmend (Abbildung 7).

Auch für internationale Anleger hat die geld- und währungspolitische Ausrichtung wichtige Implikationen: Spielt bei einem fixen Wechselkursregime der im Ausland gebotene Nominalzins die entscheidende Rolle bei der Anlageentscheidung, so müssen im Falle eines flexiblen Wechselkurssystems weitere Risikoprämien berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund kann für ausländische Anleger eine Zurückhaltung bei der Kreditvergabe trotz einer beachtlichen nominalen Zinsdifferenz zum Heimatland geboten erscheinen; aus der Sicht der potentiellen Kreditnehmer wirkt dies wie eine internationale „Kreditrationierung“. Tatsächlich werden nunmehr die Risiken in vollem Umfang von Anlegern und Schuldnern auf den Finanzmärkten getragen und nicht mehr von der Zentralbank. Schon daher sind die Finanzflüsse in so genannte Schwellenländer in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen (Tabelle 1).

Tabelle 1

Nettokapitalimport der Entwicklungsländer[1]

Jahresdurchschnitt in Mrd. US-Dollar

Position	1971–1979	1980–1989	1990–1999	2000–2001	*Nachrichtlich:* 1990–1997	1998–2001
Insgesamt	**25,5**	**45,3**	**154,3**	**41,0**	**166,8**	**72,7**
Aufgliederung nach Empfängerregionen						
Lateinamerika	14,8	17,1	57,7	49,1	54,8	59,1
Ostasiatische Krisenländer[2]	5,6	8,7	27,4	–12,4	38,1	–13,9
Sonstige asiatische Länder[3]	3,7	11,1	17,9	15,8	21,5	9,6
Europa und FSU[4]	.	.	18,2	3,4	16,2	14,8
Afrika und Naher Osten[5]	1,4	8,4	33,2	–14,9	36,1	3,3

1 Einschließlich Schwellen- und Transformationsländern sowie Israel, Südkorea, Singapur und Taiwan.
2 Indonesien, Südkorea, Malaysia, Philippinen und Thailand.
3 Ohne Naher Osten und Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion (FSU).
4 Einschließlich Mittel-, Ost- und Südeuropa sowie Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion (FSU).
5 Einschließlich Türkei, Israel und Malta.

Quellen: IWF; Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juni 2002. **DIW** Berlin 2002

Bankenreform kommt voran

Durchsetzung internationaler Standards

Unter diesen Umständen kommt dem Bankensektor in Indonesien, Südkorea und Thailand eine stärkere Bedeutung bei der Investitionsfinanzierung zu. Gerade in diesem Bereich waren diesen asiatischen Volkswirtschaften in der Vergangenheit aber strukturelle Probleme attestiert worden. Die Geschäftsbanken hatten vielfach eine nicht an Risiko- und Effizienzkriterien orientierte Kreditvergabe praktiziert, während sie sich selbst zu einem großen Maße auf dem internationalen Finanzmarkt refinanzierten. Bei der Asienkrise wurde deutlich, dass der Zins gerade bei grenzüberschreitenden Transaktionen nur dann als sinnvolles Instrument internationaler Kreditallokation dient, wenn der Finanzsektor international verbindlichen Regularien unterworfen ist, durch die die Probleme asymmetrischer Information verringert und die Transparenz erhöht werden.[5]

Ein zentraler Ansatzpunkt zur Krisenbewältigung war daher die Reform des Bankensektors und seiner Regulierung. Auch von internationaler Seite wurde der Druck zur Verbesserung nationaler Bankenaufsicht und -effizienz erhöht. Ziel war nicht nur eine aktuelle Konsolidierung des jeweiligen Geschäftsbankensektors, sondern auch die Schaffung von leistungsfähigen nationalen Kontrollbehörden und die Durchsetzung internationaler Standards für die zukünftige Kreditvergabe. Einen wesentlichen Ansatzpunkt dazu bot und bietet die Durchsetzung der im Basle Accord[6] niedergelegten Vorschriften zur risikogewichteten Eigenkapitalquote der Geschäftsbanken von 8 %. Alle drei hier betrachteten Volkswirtschaften haben sich zur Durchsetzung dieser Kriterien verpflichtet. In der Praxis allerdings sind damit jedoch erhebliche Probleme verbunden, die vor allem auf das Fehlen internationaler Standards bei der Rechnungslegung von Unternehmen zurückgehen. Damit bleibt die Beurteilung des Ausfallrisikos von Krediten erschwert. In der Folge wird eine an sinnvollen Effizienz- und Risikokriterien orientierte Kreditvergabe weiterhin behindert.

Zur Bereinigung des *bad-loans*-Problems wurden in allen drei Ländern entsprechende Agenturen gegründet, die jedoch mit verschiedenen Kompetenzen ausgestattet wurden.[7] Immer noch spiegelt sich die unterschiedliche Entschlossenheit für Reformen im Anteil notleidender Kredite wider: Im Sommer 2002 galten in Indonesien und Thailand noch über 10 % aller Kredite als notleidend; in Südkorea lag dieser Anteil bei etwa 2,5 %.

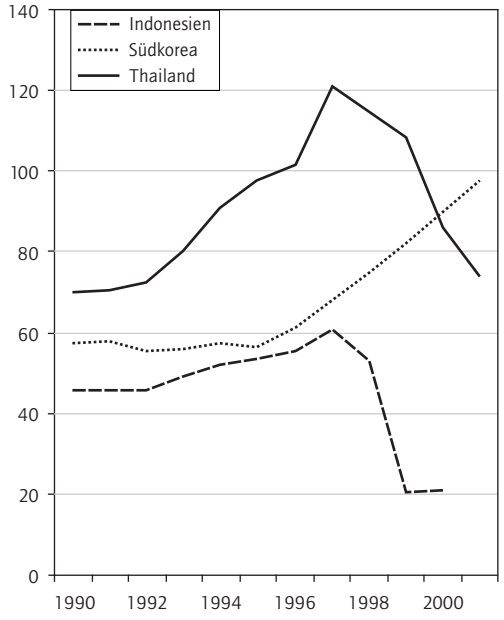
Die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Geschäftsbanken zeigt sich auch bei der Kreditvergabe an den Privatsektor, die im Allgemeinen als eine wichtige Determinante des gesamtwirtschaftlichen Wachstums gilt. In Thailand und Indonesien hat sie sich bislang nicht erholt (Abbildung 8), obwohl die Geldpolitik inzwischen deutlich gelo-

5 Vgl. Barry Eichengreen: Toward A New International Financial Architecture. A Practical Post-Asia Agenda. Washington, D.C., 1999.
6 Basle Committee for Banking Supervision: Basle Accord. Basel, 1988. Inzwischen wurde eine Neugewichtung der Risiken diskutiert, die sich in dem Entwurf des Basle Accord II niedergeschlagen haben.
7 Dabei wurden unterschiedliche institutionelle Arrangements gewählt: In Indonesien wurde im Januar 1999 die Indonesian Restructuring Agency gegründet. Sie sollte nicht nur die Verschuldungsproblematik von Banken und Unternehmen lösen, sondern auch Monitoring und Supervisionsfunktionen über die von der Krise am stärksten betroffenen Banken übernehmen. In Südkorea wurde zur Lösung der Finanzkrise im April 1998 eine Financial Supervisory Commission geschaffen, deren Vorsitzender wiederum Mitglied der Korean Deposit Insurance Corporation war, die ihrerseits dem Finanz- und Wirtschaftsministerium untersteht. In Thailand dagegen war in erster Linie die Zentralbank für die Krisenbewältigung zuständig. Vgl. David Scott: A Practical Guide to Managing Systemic Financial Crises. A Review of Approaches Taken in Indonesia, the Republic of Korea, and Thailand. The World Bank. Washington, D.C., 2002.

Abbildung 8

Kredite an den Privatsektor 1990 bis 2001[1]

In % des BIP



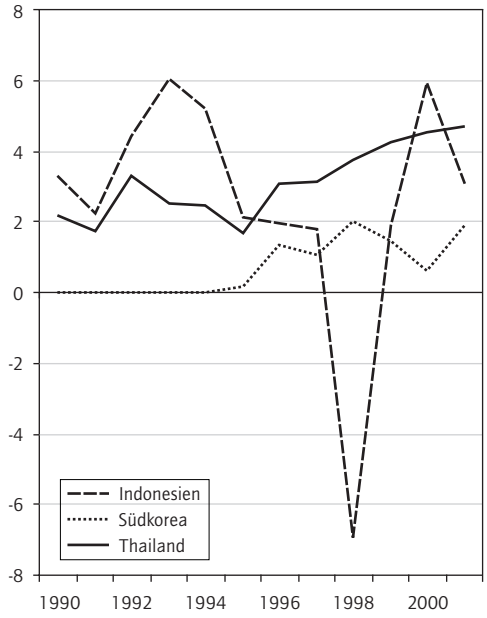
1 Indonesien bis 2000.

Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

Abbildung 9

Kreditzins minus Einlagezins (Spread) 1990 bis 2001

In %



Quellen: IMF: International Financial Statistics, August 2002; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2002

ckert und die Zinssätze gesenkt wurden. In Südkorea ist mit der Expansion der Kredite an den Privatsektor eine Sonderentwicklung zu konstatieren. Diese werden vor allem von einer großzügigen Kreditvergabe an private Haushalte dominiert. Bei diesen Krediten handelt es sich vielfach um Hypothekendarlehen, die als relativ gut gesichert gelten.

Unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Geschäftsbanken

Ein weiterer Indikator für die Leistungsfähigkeit der Geschäftsbanken ist die Differenz zwischen Kredit- und Depositenzins. Diese Differenz kann als Indikator für die Transaktionskosten im Finanzsektor herangezogen werden. Wiederum zeigt sich, dass dieser „Spread" in Indonesien und Thailand deutlich höher liegt als in Südkorea (Abbildung 9). Alles in allem spricht vieles dafür, dass das unterschiedliche Tempo der Bankenreform in einem wechselseitigen Zusammenhang mit den Unterschieden in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung steht. Eine günstige wirtschaftliche Entwicklung verringert per se den Anteil notleidender Kredite und stützt damit den Bankensektor. Zugleich stützt die Reform des Bankensektors durch die verbesserte Allokation der Kredite den wirtschaftlichen Aufschwung. In Südkorea war eine vergleichsweise zügig vorangetriebene Bankenreform mit einer relativ raschen und deutlichen Erholung verbunden. Thailand und Indonesien dagegen hatten erheblich größere Probleme.

Lessons learned?

Nach der Asienkrise haben Indonesien, Südkorea und Thailand ihre Wechselkurse flexibilisiert und die Bankenreformen vorangetrieben. Zugleich wurde auf der internationalen Ebene die Diskussion um das angemessene Wechselkursregime für Volkswirtschaften, die mit dem Problem der nachholenden Entwicklung konfrontiert sind, belebt. Die Nachteile eines fixen Wechselkurses werden vielfach in der fehlenden erfolgreichen „Exit"-Strategie gesehen. Der Zusammenbruch der relativ fixen Wechselkurssysteme hatte dann auch zur Folge, dass weltweit zahlreiche Volkswirtschaften den Wechselkurs zumindest formal flexibilisierten (Tabelle 2). Damit haben sie de jure von der weitgehenden Absicherung des Währungsrisikos durch die Zentralbank Abstand genommen und eine „Privatisierung" der Risiken verstärkt.

Daneben wurden vonseiten internationaler Finanzorganisationen Schritte zur Verbesserung der Transparenz im internationale Kapitalverkehr unternommen. Inzwischen veröffentlichen OECD, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Internationale Währungsfonds gemeinsam Daten über die Verschuldungssituation einzelner *emerging economies*. Darüber hinaus sind die Kosten der Informationsbeschaffung über in-

Tabelle 2

Häufigkeit der verschiedenen Wechselkurssysteme in Schwellenländern[1]

Wechselskurssystem[2]	Anzahl der Länder			Struktur in %		
	Dezember 1990	Dezember 1995	Mai 2002	Dezember1990	Dezember 1995	Mai 2002
„Harte" Wechselkursfixierung	2	5	6	5	12	15
Verwendung einer fremden Währung als gesetzliches Zahlungsmittel	1	1	2	2	2	5
Currency Board	1	4	4	2	10	10
„Weiche" Wechselkursfixierung	26	23	11	63	56	27
Feste, aber anpassbare Wechselkurse gegenüber einer Leitwährung	7	7	7	17	17	17
Stufenweise Kursanpassungen gegenüber einer Leitwährung	4	4	1	10	10	2
Bindung an einen Währungskorb und sonstige Regelungen	15	12	3	37	29	7
Flexible Wechselkurse	13	13	24	32	32	59
Kontrolliertes Floating	7	6	14	17	15	34
Unabhängiges Floating	6	7	10	15	17	24
Länder insgesamt	**41**	**41**	**41**	**100**	**100**	**100**

1 Erfasst wurden Länder, die Mitte der 90er Jahre Zugang zu den internationalen Finanzmärkten hatten (und zwar nach Maßgabe der Berücksichtigung im Emerging-Market-Bond-Index-Plus von JP Morgan oder im MSCI-Index für Emerging Market Economies von Morgan Stanley Capital International). Im Einzelnen handelt es sich um folgende Länder: Ägypten, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Ecuador, Estland, Hongkong, Indien, Indonesien, Israel, Jordanien, Kolumbien, Südkorea, Lettland, Litauen, Malaysia, Malta, Marokko, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, Russland, Saudi Arabien, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Tschechien, Türkei, Ungarn, Venezuela und Zypern.
2 Die Klassifizierung der einzelnen Länder nach der Form des gewählten Wechselkurssystems folgt der Zuordnung durch den IWF.

Quellen: IWF; Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juni 2002. **DIW** Berlin 2002

ternationale Finanztransaktionen nicht zuletzt durch das Internet deutlich gesunken. Erhöhte Transparenz, verbesserte Informationsqualität und geringere Informationskosten führen jedoch nicht zwangsläufig zu einer stärkeren internationalen Integration. Dies gilt insbesondere dann, wenn durch die veränderte Informationssituation existierende Risiken sowohl für Kreditnehmer als auch Kreditgeber offensichtlich werden.

Tatsächlich haben sich im Gefolge der Asienkrise – bei verbesserter Informationslage – die internationalen Finanzströme in Schwellenländern deutlich verringert; die asiatischen Krisenländer sind sogar mit einem massiven Kapitalabzug konfrontiert. Indonesien, Südkorea und Thailand konnten allerdings auch ohne erneute Leistungsbilanzdefizite positive gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten erzielen. Hintergrund dafür ist nicht zuletzt die in den asiatischen Volkswirtschaften traditionell hohe heimische Sparquote. Damit unterscheiden sich diese Länder deutlich von anderen Entwicklungs- und Schwellenländern, die vielfach kaum auf eine dauerhaft hohe heimische Sparquote zur Investitionsfinanzierung zurückgreifen können. In der Folge sind sie deutlich stärker als die asiatischen Tigerstaaten auf die Kreditaufnahme auf dem internationalen Finanzmarkt angewiesen.

Weitere Anstrengungen notwendig

Gerade vor dem Hintergrund, dass Finanzkrisen – wie etwa aktuell in Lateinamerika – zunehmend Krisen des heimischen Bankensektors sind, überrascht es nicht, wenn internationale Kapitalgeber ihre Zahlungsbereitschaft von der Leistungsfähigkeit der Geschäftsbanken in den jeweiligen Volkswirtschaften abhängig machen. In diesem Bereich müssen noch deutliche Anstrengungen auf Seiten der Schwellenländer unternommen werden, um in einer Welt verringerter Informationskosten als attraktiver Ort für internationale Kapitalanlagen zu gelten. Gelingt dies nicht, lassen sich erhebliche Teile der potentiellen Effizienzgewinne, die grundsätzlich durch internationale Finanzströme und Finanzmarktintegration generiert werden können, nicht realisieren – ein erheblicher Nachteil für die weltwirtschaftliche Entwicklung.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin
Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 289
The Effect of Maternity Leave on Women's Pay in Germany 1984–1994
Von Jan Ondrich, C. Katharina Spiess und Qing Yang
Juli 2002

Nr. 290
A Multilevel Analysis of Child Care and the Transition to Motherhood in Western Germany
Von Karsten Hank und Michaela Kreyenfeld
Juli 2002

Nr. 291
Alternative Measures of the Explanatory Power of Multivariate Probit Models with Continuous or Ordinal Responses
Von Martin Spiess und Gerhard Tutz
Juli 2002

Nr. 292
The Covariance Structure of East and West German Incomes and its Implications for the Persistence of Poverty and Inequality
Von Martin Biewen
Juli 2002

Nr. 293
Long-Term Effects of Unpaid Overtime: Evidence for West Germany
Von Markus Pannenberg
Juli 2002

Nr. 294
Managerial Incentives, Innovation and Product Market Competition
Von Zhentang Zhang
August 2002

Nr. 295
Endogenous Costs and Price-Cost Margins
Von Damien J. Neven, Lars-Hendrik Röller und Zhentang Zhang
August 2002

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als Pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (*www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere*).

DIW Berlin
Wochenbericht Nr. 38/2002

DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Weitere Beiträge zur Entwicklung in Asien

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 2001

Heft 4
144 Seiten. Euro 66,–

Japan: How to Overcome the Difficult Decade?

Japan: How to Overcome the Difficult Decade? Editorial
Mechthild Schrooten

What Went Wrong in Japan: A Decade-Long Slump
Günter Weinert

Japan's Integration into the World Economy in the 1990s
Jörn Kleinert

Weak Economy and Strong Currency – The Origins of the Strong Yen in the 1990s
Gunther Schnabl

Financial Market Regulation
Andreas Nabor

Some Remarks on Japanese Finance, Growth and International Integration
Mechthild Schrooten

The Reform of (Corporate) Governance in Japan
Martin Schulz

Japanese Business Models for Electronic Commerce – Laying the Foundation of a Ubiquitous Networking Infrastructure with Mobile Phones and Convenience Stores
Hilda Joffe

Japanese Welfare State Reforms in the 1990s and Beyond: How Japan is Similar to and Different from Germany
Tetsuo Fukawa

http://www.diw.de/english/publikationen/vierteljahrshefte/jahrgang01

Bestellungen/Orders:
Verlag Duncker & Humblot GmbH
Postfach 41 03 29
D-12113 Berlin
Tel.: 030-79 00 06-0
Fax: 030-79 00 06-31
E-Mail: verkauf@duncker-humblot.de

Impressum

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion
Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle
Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag
Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis
Jahrgang Euro 108,–/sFR 182,–
Einzelnummer Euro 10,–/sFR 18,–
Zuzüglich Versandspesen
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Druck
Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin